



**Frauen Union**

**Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt  
in Lieferketten weltweit durchsetzen**

**Beschluss des 33. Bundesdelegiertentages der  
Frauen Union der CDU Deutschlands,  
14./15. September 2019, Leipzig**

**CDU**



## **Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt in Lieferketten weltweit durchsetzen**

Der Einsturz des Fabrikgebäudes in Rana Plaza in Bangladesch am 24. April 2013, bei dem mehr als 1.100 Menschen ihr Leben verloren, hat den Blick schlaglichtartig auf völlig unzureichende Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Textilien gelenkt. Die Diskussion in Deutschland über Verbesserungen der sozialen und ökologischen Standards in den herstellenden Betrieben im Ausland hat viele Verbraucherinnen und Verbraucher wachgerüttelt und unsere Verantwortung in Deutschland für die Produktionsbedingungen in Entwicklungsländern deutlich gemacht. Die Frauen Union der CDU hat dazu ausführlich auf ihrer Kreisvorsitzenden-Konferenz 2014 diskutiert und das Bündnis für nachhaltige Textilien des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützt.

Das Bündnis für nachhaltige Textilien ist seither auf rund 120 Mitglieder aus Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und Standardorganisationen angewachsen. Ziel ist die Verbesserung der Bedingungen in der weltweiten Textilproduktion von der Rohstoffproduktion bis zur Entsorgung. Denjenigen, die sich den freiwilligen Vereinbarungen des Bündnisses angeschlossen haben, gebührt Anerkennung und Dank. Dennoch zeigt der mühsame Prozess, die Textil-Wirtschaft in der Breite für diese Selbstverpflichtungen zu gewinnen, die Probleme und Widerstände, die einer Umsetzung der Ziele entgegenstehen.

Internationale Arbeitsteilung und globaler Handel sind heute für viele Rohstoffe und Produkte selbstverständlich. Kaffee, Kakao, Baumwolle oder wichtige Rohstoffe zur Herstellung von Handys und Computern werden in Entwicklungsländern unter Bedingungen hergestellt, die bei uns längst zu Recht verboten und geächtet sind. Zwangs- und Kinderarbeit und gesundheits-schädliche Arbeitsbedingungen zu niedrigsten Löhnen und ohne soziale Absicherung sind für viele Menschen in diesen Ländern immer noch tägliche Realität. Den Anstrengungen um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern müssen deshalb weitere Schritte folgen.

Die Frauen Union der CDU Deutschlands fordert ein engagiertes Eintreten der Bundesregierung für die Einhaltung und Durchsetzung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette von Produkten. Der Nationale Aktionsplan „Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ (2016-2020) ist ein wichtiger Bestandteil. Er muss jetzt konsequent umgesetzt werden. Ziel dieses



Aktionsplans ist die bessere Umsetzung international anerkannter und verbriefteter Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards, -grundsätze und -verpflichtungen in globalen Lieferketten. Dazu bedarf es einer ehrlichen Bilanz zum Status quo. Die Frauen Union der CDU Deutschlands unterstützt den Monitoring-Prozess in Deutschland, mit dem jetzt festgestellt werden soll, in welchem Umfang Unternehmen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen. Die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 ist ein erster Schritt zu mehr Verbindlichkeit zur Durchsetzung von Unternehmensverantwortung.

Die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und die Einhaltung von Arbeitsstandards ist gemeinsamer Konsens und Verpflichtung der Staatengemeinschaft. Die 187 Staaten, die der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angehören, haben sich zur Beachtung und Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen bekannt. Dies ist auch der Ansatz der Agenda 2030, die 2015 von den Vereinten Nationen (VN) verabschiedet wurde. Die 17 Ziele der Agenda 2030 verbinden Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung in der Welt. Diese Ziele können nur gemeinsam erreicht werden, und so richten sie sich an alle Länder, Politik- und Verwaltungsebenen und Akteure.

Unternehmen sind ein weiterer wichtiger Schlüssel für die Durchsetzung der Standards. Wir verkennen nicht die Herausforderungen, vor denen die Unternehmen in der Praxis stehen, wenn Lieferketten durch viele Akteure geprägt sind. Wenn sie ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und Transparenz schaffen, können Verbraucherinnen und Verbraucher überlegte Kaufentscheidungen treffen. Wenn immer mehr Unternehmen in den Produktionsländern auf die Einhaltung der Menschenrechte und auf faire Sozial- und Umweltstandards achten, werden sich die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie ihrer Familien verbessern. Umwelt- und Naturschutz sind globale Aufgaben, sie machen nicht an Staatsgrenzen halt. Menschenrechte sind unteilbar, sie gelten für alle. Unternehmen tragen auch große Verantwortung. Das gilt in gleicher Weise für öffentliche Beschaffung.

Freiwillige Selbstverpflichtungen erreichen oft nicht die Breitenwirkung und den Grad an Verbindlichkeit, die notwendig sind, um zu nachhaltigen Veränderungen zu kommen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen des Monitoring, gesetzliche Regelungen für die Wertschöpfungskette zu entwickeln. Der Kreis der einzubeziehenden Unternehmen muss dabei alle relevanten Akteure und Sanktionen enthalten. Zugleich müssen die Bedingungen mittleren und kleineren Unter-



nehmen gerecht werden, praktikabel, verhältnismäßig und ohne unnötigen bürokratischen Aufwand umzusetzen sein.

Arbeitsschutz (Prävention), Soziale Sicherung bei Unfall, Krankheit und im Alter sind wichtige Rahmenbedingungen. In ihrem Aufbau und ihrer Weiterentwicklung liegt ein großes Potential, zu dem die Träger unserer gesetzlichen Sicherungssysteme mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung beitragen können. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Bundesregierung hat einen Schwerpunkt ihrer europäischen und internationalen Arbeit auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik gelegt. Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit muss auch weiterhin zusammengedacht, fortgesetzt und noch stärker verankert werden. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2020 auch die sozialen und ökologischen Standards mit dem Ziel gemeinsamer europäischer Leitlinien thematisieren will. Diese sollten dann auch in Abkommen und Handelsverträgen zur Anwendung kommen. Das ist auch ein Beitrag zur Bekämpfung von Flucht- und Migrationsursachen.

Wir wollen faire Löhne und Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern, Kinderarbeit ausrotten, nachhaltiges Wirtschaften und eine gerechte Entwicklung zum Schutz von Mensch und Umwelt weltweit.